

Beschäftigungsprogramm

Das Kernstück eines Sondermemorandums '81 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik besteht aus dem Vorschlag eines Beschäftigungsprogramms: „Die Bundesregierung sollte unverzüglich ein mindestens 20 Mrd. DM umfassendes Sofortprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auflegen. Die Mittel sollten auf das Haushaltsvolumen aufgestockt werden, das sich unter der Annahme ergibt, daß die Wachstumsrate des nominalen Bruttosozialproduktes im kommenden Jahr bei 6% liegt und deshalb der „Kernhaushalt“ um den gleichen Prozentsatz gesteigert wird. Insgesamt würde sich somit für 1982 ein Gesamthaushaltsvolumen von 265 Mrd. DM ergeben.

Die Mittel für das Sofortprogramm müssen vorwiegend in zukunftsorientierte Felder öffentlichen Bedarfs gelenkt werden. Das Gesamtprogramm ist mittelfristig und strukturell in das schon mehrfach geforderte „Zukunftsprogramm für die 80er Jahre“ einzufügen, das mit einem Finanzvolumen von 200 Mrd. DM über 10 Jahre gezielt und kontrolliert realisiert werden soll. Durch die vorgesehene Umstrukturierung der Staatseinnahmen und -ausgaben sollen darüber hinaus weitere Beschäftigungs- und Wachstumsimpulse ausgelöst werden.

In Anlehnung an das abgelaufene „Zukunftsinvestitionsprogramm“ (über 4 Jahre ca. 20 Mrd. DM verteilt), die Vorschläge des DGB im Zusammenhang mit der Strategie „beschäftigungssichernder Finanzpolitik“ und die Empfehlungen, die in früheren Memoranden vorgeschlagen wurden, bieten sich folgende Bereiche, in die die öffentlichen Mittel vorwiegend gelenkt werden sollten:

- Ausbau der Fernwärmeversorgung unter Berücksichtigung des erforderlichen Immissionssschutzes
- Energieeinsparungs- und Energiesubstitutionsinvestitionen
- Verbesserung der Wohnverhältnisse und der Wohnumwelt
- Investitionen in die Umweltsicherung (auch Regionalprogramme wie »Bodensee-Rhein-« und »Weser-Elbe-Programm«)
- Entsorgung und Wiederverwertung von Müll
- Wasserwirtschaftliche Zukunftsvorsorge
- Verbesserung des öffentlichen Personen-Nahverkehrs
- Investitionen in alternative Technologien
- Bau von Jugendzentren und Einrichtung von mehr Alten- und Behindertenstellen
- Ausbau und Verbesserung der Gesundheitsversorgung
- Ausbau der beruflichen Bildung und Weiterbildung

Die geplanten Einsparungen im öffentlichen Dienst - Einkommenskürzungen und Stellenstreichungen – seien abzulehnen, weil sie beschäftigungs- und sozialpolitisch nicht akzeptabel sind. Vielmehr sei zu fordern, daß ein Teil der Mittel für das beschäftigungspolitische Sofortprogramm zur Aufstockung der Stellen in besonderen Mangelbereichen – Pflege- und Beratungsberufe, Arbeitsämter, Finanzverwaltung u. ä. – eingesetzt wird.«

Zur Verbesserung der Finanzlage der BA werden die Einführung eines allgemeinen Arbeitsmarktbeitrages und Arbeitsmarktumlagen zur Bewältigung konjunktureller Personalschwankungen vorgeschlagen. Eine Umlagefinanzierung sei langfristig auch zur Finanzierung von Rehabilitationsmaßnahmen und von Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen denkbar.

Nach: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bd. 10, 1981, S. 1252-1274.

